

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Dr. Konstantin von Notz, Volker Beck (Köln), Britta Haßelmann, Ingrid Hönlinger, Katja Keul, Memet Kilic, Tom Koenigs, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Überwachung der Internet- und Telekommunikation durch Geheimdienste der USA, Großbritanniens und in Deutschland**

Aus den Aussagen und Dokumenten des Whistleblowers Edward Snowden, Verlautbarungen der US-Regierung und anders bekannt gewordenen Informationen ergibt sich, dass Internet- und Telekommunikation auch von, nach oder innerhalb von Deutschland durch Geheimdienste Großbritanniens, der USA und anderer Staaten, die als befreundete Staaten bezeichnet werden, massiv überwacht wird (jeweils durch Anzapfen von Telekommunikationsleitungen, Inpflichtnahme von Unternehmen, Satellitenüberwachung und auf anderen im einzelnen nicht bekannten Wegen, im Folgenden zusammenfassend „Vorgänge“ genannt) und dass der Bundesnachrichtendienst (BND) zudem viele Erkenntnisse über auslandsbezogene Kommunikation an ausländische Nachrichtendienste, insbesondere der USA und Großbritanniens, übermittelt. Wegen der – durch die Medien (vgl. etwa taz.de, 18. August 2013, „Da kommt noch mehr“; ZEIT-ONLINE, 15. August 2013, „Die versteckte Kapitulation der Bundesregierung“; SPIEGEL ONLINE, 1. Juli 2013, „Ein Fall für zwei“; SZ-online.de, 18. August 2013, „Chefverharmloser“; KR-online, 2. August 2013, „Die Freiheit genommen“; FAZ.net, 24. Juli 2013, „Letzte Dienste“; mz-web.de, 16. Juli 2013, „Friedrich lässt viele Fragen offen“) als unzureichend, zögerlich, widersprüchlich und neuen Enthüllungen stets erst nachfolgend beschriebenen – spezifischen Informations- und Aufklärungspraxis der Bundesregierung konnten viele Details dieser massenhaften Ausspähung bisher nicht geklärt werden. Ebenso wenig konnte der Verdacht ausgeräumt werden, dass deutsche Geheimdienste an einem deutschen Recht und deutschen Grundrechten widersprechenden weltweiten Ringtausch von Daten beteiligt sind.

Mit dieser Kleinen Anfrage sucht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufzuklären, welche Kenntnisse die Bundesregierung und Bundesbehörden wann von den Überwachungsvorgängen durch die USA und Großbritannien erhalten haben, und ob sie dabei Unterstützung geleistet haben. Zudem soll aufgeklärt werden, inwieweit deutsche Behörden ähnliche Praktiken pflegen, Daten ausländischer Nachrichtendienste nutzen, die nach deutschem (Verfassungs-)recht nicht hätten erhoben oder genutzt werden dürfen oder unrechtmäßig bzw. ohne die erforderlichen Genehmigungen Daten an andere Nachrichtendienste übermittelt haben.

Außerdem möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dieser Kleinen Anfrage weitere Klarheit darüber gewinnen, welche Schritte die Bundesregierung unternimmt, um nach den Berichten, Interviews und Dokumentenveröffentlichungen verschiedener Whistleblower und der Medien, die notwendige Sachaufklärung voranzutreiben sowie ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zum

Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verletzung ihrer Grundrechte durch fremde Nachrichtendienste nachzukommen.

Wir fragen die Bundesregierung:

Aufklärung und Koordination durch die Bundesregierung

1. Wann, und in welcher Weise haben Bundesregierung, Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt, die jeweiligen Bundesministerien sowie die ihnen nachgeordneten Behörden und Institutionen (z. B. Bundesamt für Verfassungsschutz – BfV –, Bundesnachrichtendienst – BND –, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI –, Cyber-Abwehrzentrum) jeweils
    - a) von den eingangs genannten Vorgängen erfahren,
    - b) hieran mitgewirkt,
    - c) insbesondere an der Praxis von Sammlung, Verarbeitung, Analyse, Speicherung und Übermittlung von Inhalts- und Verbindungsdaten durch deutsche und ausländische Nachrichtendienste mitgewirkt,
    - d) bereits frühere substantielle Hinweise auf NSA-Überwachung deutscher Telekommunikation zur Kenntnis genommen, etwa in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 24. Februar 1989 (Plenarprotokoll 17/129, 9517 ff.) nach einer vorangegangenen „SPIEGEL“-Titelgeschichte dazu?
  2. a) Haben die deutschen Botschaften in Washington und London sowie die dort tätigen BND-Beamten in den zurückliegenden acht Jahren jeweils das Auswärtige Amt und – über hiesige BND-Leitung – das Bundeskanzleramt in Deutschland durch Berichte und Bewertungen
    - aa) zu den in diesem Zeitraum verabschiedeten gesetzlichen Ermächtigungen dieser Länder für die Überwachung des ausländischen Internet- und Telekommunikationsverkehrs (z. B. sog. RIPA-Act; PATRIOT Act; FISA Act),
    - bb) zu aus den Medien und aus anderen Quellen zur Kenntnis gelangten Praxis der Auslandsüberwachung durch diese beiden Staaten informiert?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
  - c) Wird die Bundesregierung diese Berichte, soweit vorhanden, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?
  - d) Wenn nein, warum nicht?
3. Wurden angesichts der im Zusammenhang mit den Vorgängen erhobenen Hacking- bzw. Ausspähvorwürfen gegen die USA bereits
  - a) das Cyberabwehrzentrum mit Abwehrmaßnahmen beauftragt,
  - b) der Cybersicherheitsrat einberufen und
  - c) der Generalbundesanwalt zur Einleitung förmlicher Strafermittlungsverfahren angewiesen?
  - d) Soweit nein, warum jeweils nicht?
4. a) Inwieweit treffen Medienberichte (SPIEGEL ONLINE, 25. Juni 2013, „Brandbriefe an britische Minister“; SPIEGEL ONLINE, 15. Juni 2013, „US-Spähprogramm Prism“) zu, wonach mehrere Bundesministerien am 14. Juni bzw. 24. Juni 2013 völlig unabhängig voneinander Fragenkataloge an die US- und britische Regierung versandt haben?

- b) Wenn ja, weshalb wurden die Fragenkataloge unabhängig voneinander versandt?
  - c) Welche Antworten liegen bislang auf diese Fragenkataloge vor?
  - d) Wann wird die Bundesregierung sämtliche Antworten vollständig veröffentlichen?
5. a) Welche Antworten liegen inzwischen auf die Fragen der Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern (BMI), Cornelia Rogall-Grothe, vor, die sie am 11. Juni 2013 an von den Vorgängen unter Umständen betroffene Unternehmen übersandte?
- b) Wann werden diese Antworten veröffentlicht werden?
  - c) Falls keine Veröffentlichung geplant ist, weshalb nicht?
6. Warum zählte das BMI als federführend zuständiges Bundesministerium für Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit nicht zu den Mitausrichtern des am 14. Juni 2013 veranstalteten sogenannten Krisengesprächs des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums der Justiz?
7. Welche Maßnahmen hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, ergriffen, um künftig zu vermeiden, dass – wie im Zusammenhang mit dem Bericht der „BILD Zeitung“ vom 17. Juli 2013 bezüglich Kenntnisse der Bundeswehr über das Überwachungsprogramm PRISM in Afghanistan geschehen – den Abgeordneten sowie der Öffentlichkeit durch Vertreter von Bundesoberbehörden im Beisein eines Bundesministers Informationen gegeben werden, denen am nächsten Tag durch ein anderes Bundesministerium widersprochen wird?
8. a) Wie bewertet die Bundesregierung, dass der BND-Präsident im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17. Juli 2013 über ein neues NSA-Abhörzentrum in Wiesbaden-Erbenheim berichtete (Frankfurter Rundschau, 18. Juli 2013), der BND dies tags darauf dementierte, aber das US-Militär prompt den Neubau des „Consolidated Intelligence Centers“ bestätigte, wohin Teile der 66th US-Military Intelligence Brigade von Griesheim umziehen sollen (FOCUS Online, 18. Juli 2013)?
- b) Welche Maßnahme hat die Bundesregierung getroffen, um künftig derartige Widersprüchlichkeiten in den Informationen der Bundesregierung zu vermeiden?
9. In welcher Art und Weise hat sich die Bundeskanzlerin
- a) fortlaufend über die Details der laufenden Aufklärung und die aktuellen Presseberichte bezüglich der fraglichen Vorgänge informiert,
  - b) seit Amtsantritt über die in Rede stehenden Vorgänge sowie allgemein über die Überwachung Deutscher durch ausländische Geheimdienste und die Übermittlung von Telekommunikationsdaten an ausländische Geheimdienste durch den BND unterrichten lassen?
10. Wie bewertet die Bundeskanzlerin die aufgedeckten Vorgänge rechtlich und politisch?
11. Wie kann und wird die Bundeskanzlerin über die notwendigen politischen Konsequenzen entscheiden, obwohl sie sich bezüglich der Details für unzuständig hält, wie sie im Sommerinterview in der Bundespressekonferenz vom 19. Juli 2013 mehrfach betont hat?

Heimliche Überwachung von Kommunikationsdaten durch US-amerikanische und britische Geheimdienste

12. Inwieweit treffen die Berichte der Medien und des Whistleblowers Edward Snowden nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass
- a) die NSA monatlich rund eine halbe Milliarde Kommunikationsverbindungen in oder aus Deutschland oder deutscher Teilnehmer und Teilnehmerinnen überwacht (z. B. Telefonate, Mails, SMS, Chatbeiträge), tagesdurchschnittlich bis zu 20 Millionen Telefonverbindungen und um die 10 Millionen Internetdatensätze (vgl. SPIEGEL ONLINE, 30. Juni 2013),
  - b) die von der Bundesregierung zunächst unterschiedenen zwei (bzw. nach der Korrektur des Bundesministers für besondere Aufgaben Ronald Pofalla am 25. Juli 2013 sogar drei) PRISM-Programme, die durch die National Security Agency (NSA) und Bundeswehr genutzt werden, jeweils mit den NSA-Datenbanken namens „Marina“ und „Mainway“ verbunden sind,
  - c) die NSA außerdem
    - „Nucleon“ für Sprachaufzeichnungen, die aus dem Internetdienst Skype abgefangen werden,
    - „Pinwale“ für Inhalte von E-Mails und Chats,
    - „Dishfire“ für Inhalte aus sozialen Netzwerkennutze (vgl. FOCUS Online vom 19. Juli 2013)?
  - d) der britische Geheimdienst GCHQ das transatlantische Telekommunikationskabel TAT 14, über das auch Deutsche bzw. Menschen in Deutschland kommunizieren, zwischen dem deutschen Ort Norden und dem britischen Ort Bude anzapfe und überwache (vgl. Süddeutsche Zeitung, 29. Juni 2013),
  - e) auch die NSA Telekommunikationskabel in bzw. mit Bezug zu Deutschland anzapfe und dass deutsche Behörden dabei unterstützen (FAZ, 27. Juni 2013)?
13. Auf welche Weise und in welchem Umfang erlauschen nach Kenntnis der Bundesregierung ausländische Geheimdienste durch eigene direkte Maßnahmen und mit etwaiger Hilfe von Unternehmen Kommunikationsdaten deutscher Teilnehmer und Teilnehmerinnen?
14. a) Welche Daten lieferten der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) an ausländische Geheimdienste wie die NSA jeweils aus der Überwachung satellitengestützter Internet- und Telekommunikation (bitte seit 2001 nach Jahren, Absender- und Empfängerdiensten auflisten)?
- b) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die an ausländische Geheimdienste weitergeleiteten Daten jeweils erhoben?
  - c) Für welche Dauer wurden die Daten beim BND und BfV je gespeichert?
  - d) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die Daten an ausländische Geheimdienste übermittelt?
  - e) Zu welchen Zwecken wurden die Daten je übermittelt?
  - f) Wann wurden die für Datenerhebungen und Datenübermittlungen gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen, z. B. des Bundeskanzleramtes oder des BMI, jeweils eingeholt?
  - g) Falls keine Genehmigungen eingeholt wurden, warum nicht?

- h) Wann wurden jeweils das Parlamentarische Kontrollgremium und die G10-Kommission des Deutschen Bundestages um Zustimmung ersucht bzw. informiert?
  - i) Falls keine Information bzw. Zustimmung dieser Gremien über die Datenerhebung und die Übermittlung von Daten erfolgte, warum nicht?
15. Wie lauten die Antworten zu den Fragen entsprechend der Buchstaben 14a bis 14i, jedoch bezogen auf Daten aus der BND-Überwachung leitungsgebundener Internet- und Telekommunikation?
16. Inwieweit und wie unterstützen der BND oder andere deutsche Sicherheitsbehörden ausländische Dienste auch beim Anzapfen von Telekommunikationskabeln vor allem in Deutschland?
17. a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die von den Diensten Frankreichs betriebene Internet- und Telekommunikationsüberwachung und die mögliche Betroffenheit deutscher Internet- und Telekommunikation dadurch (vgl. Süddeutsche.de, 5. Juli 2013)?
- b) Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, um den Sachverhalt aufzuklären sowie gegenüber Frankreich auf die Einhaltung deutscher als auch europäischer Grundrechte zu dringen?

#### Aufnahme von Edward Snowden, Whistleblowerschutz und Nutzung von Whistleblower-Informationen zur Aufklärung

18. a) Welche Informationen hat die Bundeskanzlerin zur Rechtslage beim Whistleblowerschutz in den USA und in Deutschland, wenn sie u. a. im Sommerinterview vor der Bundespressekonferenz vom 19. Juli 2013 davon ausging, dass Whistleblower sich in jedem demokratischen Staat vertrauensvoll an irgendjemanden wenden können?
- b) Ist der Bundeskanzlerin bekannt, dass ein Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Whistleblowerschutz (Bundestagsdrucksache 17/9782) mit der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag am 14. Juni 2013 abgelehnt wurde?
19. a) Hat die Bundesregierung, eine Bundesbehörde oder ein Beauftragter sich seit den ersten Medienberichten vom 6. Juni 2013 über die Vorgänge mit Edward Snowden oder einem anderen pressebekannten Whistleblower in Verbindung gesetzt, um die Fakten über die Ausspähung durch ausländische Geheimdienste weiter aufzuklären?
- b) Wenn nein, warum nicht?
20. Wieso machte das Bundesministerium des Innern bisher nicht vom § 22 des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch, wonach dem Whistleblower Edward Snowden eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland angeboten und erteilt werden könnte, auch um ihn hier als Zeugen zu den mutmaßlich strafbaren Vorgängen vernehmen zu können?
21. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat Deutschland, falls nach etwaiger Aufnahme Edward Snowdens hier die USA seine Auslieferung verlangten, um die Auslieferung, etwa aus politischen Gründen, zu verweigern?

#### Strategische Fernmeldeüberwachung durch den BND

22. Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Gesetzgeber mit der Änderung des Artikel 10-Gesetzes (G10-Gesetz) im Jahre 2001 den Umfang der bisherigen Kontrollichte bei der „Strategischen Beschränkung“ nicht erhöhen wollte (vgl. Bundestagsdrucksache 14/5655, S. 17)?

23. Teilt die Bundesregierung dieses damalige Ziel des Gesetzgebers noch?
24. Wie hoch waren die in diesem Bereich zunächst erfassten (vor Beginn der Auswertungs- und Aussonderungsvorgänge) Datenmengen jeweils in den letzten beiden Jahren vor der Rechtsänderung (siehe Frage 22)?
25. Wie hoch waren diese (Definition siehe Frage 24) Datenmengen in den Jahren nach dem Inkrafttreten der Rechtsänderung (siehe Frage 22) bis heute jeweils?
26. Wie hoch war die Übertragungskapazität der im genannten Zeitraum (siehe Frage 25) überwachten Übertragungswege insgesamt jeweils jährlich?
27. Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass die 20-Prozent-Begrenzung des § 10 Absatz 4 Satz 4 G10-Gesetz auch die Überwachung des E-Mail-Verkehrs bis zu 100 Prozent erlaubt, sofern dadurch nicht mehr als 20 Prozent der auf dem jeweiligen Übertragungsweg zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität betroffen ist?
28. Stimmt die Bundesregierung zu, dass unter dem Begriff „internationale Telekommunikationsbeziehungen“ in § 5 G10-Gesetz nur Kommunikationsvorgänge aus dem Bundesgebiet ins Ausland und umgekehrt fallen?
29. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass zu den Gebieten, über die Informationen gesammelt werden sollen (§ 10 Absatz 4 G10-Gesetz), in der Praxis, verbündete Staaten (z. B. USA) oder gar Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht gezählt wurden und werden?
30. Inwieweit trifft es zu, dass über die überwachten Übertragungswege heute technisch zwangsläufig auch folgende Kommunikationsvorgänge abgewickelt werden können (die nicht unter den sich aus den beiden vorstehenden Fragen ergebenden Anwendungsbereich strategischer Fernmeldeüberwachung fallen):
  - a) rein innerdeutsche Verkehre,
  - b) Verkehre mit dem europäischen oder verbündeten Ausland und
  - c) rein innerausländische Verkehre?
31. Falls das (Frage 30) zutrifft,
  - a) ist – ggf. beschreiben auf welchem Wege – gesichert, dass zu den vorgenannten Verkehren (Punktation zu Frage 30) weder eine Erfassung, noch eine Speicherung oder gar eine Auswertung erfolgt,
  - b) ist es richtig, dass die „de“-Endung einer E-Mail-Adresse und die IP-Adresse in den Ergebnissen der strategischen Fernmeldeüberwachung nach § 5 G10-Gesetz nicht sicher Aufschluss darüber geben, ob es sich um einen reinen Inlandsverkehr handelt?
  - c) Wie und wann genau erfolgt die Aussonderung der in den Fragen 30a bis 30c beschriebenen Internet- und Telekommunikationsverkehre (bitte um genaue technische Beschreibung)?
  - d) Falls eine Erfassung erfolgt, ist zumindest sichergestellt, dass die Daten ausgesondert und vernichtet werden?
  - e) Wird gegebenenfalls hinsichtlich der Fragen 31a bis 31d nach den unterschiedlichen Verkehren differenziert, und wenn ja, wie?
32. Falls aus den Antworten zu Frage 31 folgt, dass nicht vollständig gesichert ist, dass die genannten Verkehre nicht erfasst oder/und gespeichert werden,
  - a) wie rechtfertigt die Bundesregierung dies?

- b) Vertritt sie die Auffassung, dass das G10-Gesetz für derartige Vorgänge nicht greift und die Daten der „Aufgabenzuweisung des § 1 BNDG zugeordnet“ (BVerfGE 100, S. 313, 318) werden können?
- c) Was heißt dies (Frage 32b) ggf. im Einzelnen?
- d) Können die Daten insbesondere vom BND gespeichert und ausgewertet oder gar an Dritte (z. B. die amerikanische Seite) weitergegeben werden (bitte jeweils mit Angabe der Rechtsgrundlage)?
33. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass eine Weiterleitung der Ergebnisse der strategischen Fernmeldeüberwachung dann nicht rechtmäßig wäre, wenn die Aussonderung des rein innerdeutschen Verkehrs nicht gelingt?
34. Hielte es die Bundesregierung für rechtmäßig, personenbezogene Daten, die der BND zulässigerweise gewonnen hat, an US-amerikanische Stellen zu übermitteln, damit diese dort – zur Informationsgewinnung auch für die deutsche Seite – mit den etwa durch PRISM erlangten US-Datenbeständen abgeglichen werden?
35. Wie stellt sich der ansonsten gleiche Sachverhalt für deutsche Truppen im Ausland wegen dortiger Erkenntnisse dar, die sie der amerikanischen Seite zum entsprechenden Zweck übermitteln?
36. Erfolgt die Weiterleitung von Internet- und Telekommunikationsdaten aus der strategischen Fernmeldeaufklärung gemäß § 5 G10-Gesetz nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung aufgrund des § 7a G10-Gesetz oder, wie in der Pressemitteilung des BND vom 4. August 2013 angedeutet, nach den Vorschriften des BND-Gesetzes (bitte um differenzierte und ausführliche Begründung)?
37. Gibt es bezüglich der Kommunikationsdatensammlung und -verarbeitung im Rahmen gemeinsamer internationaler Einsätze Regeln, z. B. der NATO? Wenn ja, welche Regeln welcher Instanzen?

#### Geltung des deutschen Rechts auf deutschem Boden

38. Gehört es nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung zur verfassungsrechtlich verankerten Schutzpflicht des Staates, die Menschen in Deutschland durch rechtliche und politische Maßnahmen vor der Verletzung ihrer Grundrechte durch Dritte zu schützen?
39. Ist es nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung für das Bestehen einer verfassungsrechtlichen Schutzpflicht entscheidend, welcher Rechtsordnung die Handlung, von der die Verletzung der Grundrechte einer in Deutschland befindlichen Person ausgeht, unterliegt?
40. Mit welchen Ergebnissen kontrolliert die Bundesregierung seit 2001, dass militärnahe Dienststellen ehemaliger v. a. US-amerikanischer und britischer Stationierungstreitkräfte sowie diesen verbundene Unternehmen (z. B. der weltgrößte Datennetzbetreiber Level 3 Communications LLC oder die L3 Services Inc.) in Deutschland ihrer Verpflichtung zur strikten Beachtung deutschen (auch Datenschutz-)Rechts hierzulande gemäß Artikel 2 des NATO-Truppenstatuts (NTS) nachkommen und nicht, wie mehrfach berichtet, auf Internetknotenpunkte in Deutschland zugreifen oder auf andere Art und Weise deutschen Telekommunikations- und Internetverkehr überwachen bzw. beim Überwachen helfen (siehe z. B. ZDF, Frontal 21 am 30. Juli 2013 und golem.de, 2. Juli 2013)?

41. a) Ist die Bundesregierung dem Verdacht nachgegangen, dass private Firmen – unter Umständen unter Berufung auf ausländisches Recht oder die Anforderung ausländischer Sicherheitsbehörden – an ausländische Sicherheitsbehörden Daten von Datenknotenpunkten oder aus Leitungen auf deutschem Boden weiterleiten (siehe z. B. Süddeutsche.de, 2. August 2013)?
- b) Welche strafrechtlichen Ermittlungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung deswegen eingeleitet?
- c) Falls die Bundesregierung oder eine Staatsanwaltschaft dem nachging, mit welchen Ergebnissen?
- d) Falls nein, warum nicht?
42. Mit welchen Maßnahmen stellt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit sicher, dass Unternehmen, wie etwa die Deutsche Telekom AG (vgl. FOCUS Online vom 24. Juli 2013), die in den USA verbundene (Tochter-)Unternehmen unterhalten oder deutsche Kundendaten mithilfe US-amerikanischer Netzbetreiber oder anderer Datendienstleister bearbeiten, Daten nicht an US-amerikanische Sicherheitsbehörden weiterleiten?
43. Mit welchem Ergebnis hat die Bundesnetzagentur geprüft, ob diesen Unternehmen (vgl. Fragen 39 bis 41) ihre Tätigkeit als Betreiber von Telekommunikationsnetzen oder Anbieter von Telekommunikationsdiensten gemäß § 126 des Telekommunikationsgesetzes zu versagen ist?
44. a) Wird die Einhaltung deutschen Rechts auf US-amerikanischen Militärbasen, Überwachungsstationen und anderen Liegenschaften in Deutschland sowie hier tätigen Unternehmen regelmäßig überwacht?
- b) Wenn ja, wie?
45. a) Welche BND-Abhöreinrichtungen (bzw. getarnt, etwa als „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“) bestehen in Schöningen?
- b) Welche Internet- und Telekommunikationsdaten erfasst der BND dort, und auf welchem technischen Wege?
- c) Welche und wie viele der dort erfassten Internet- und Telekommunikationsdaten werden seit wann auf welcher Rechtsgrundlage an die NSA übermittelt?

#### Überwachungszentrum der NSA in Erbenheim bei Wiesbaden

46. Welche Funktionen soll das im Bau befindliche NSA-Überwachungszentrum Erbenheim haben (vgl. FOCUS Online u. a., Tagespresse am 18. Juli 2013)?
47. Welche Möglichkeiten zur Überwachung von leitungsgebundener oder satellitengestützter Internet- und Telekommunikation sollen dort entstehen?
48. Welche Gebäudeteile und Anlagen sind für die Nutzung durch US-amerikanische Staatsbedienstete und Unternehmen vorgesehen?
49. Auf welcher Rechtsgrundlage sollen US-amerikanische Staatsbedienstete oder Unternehmen von dort aus welche Überwachungstätigkeit oder sonstige ausüben (bitte möglichst präzise ausführen)?

#### Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Bundesnachrichtendienst (BND) und NSA

50. a) Welchen Inhalt und welchen Wortlaut hat die Kooperationsvereinbarung vom 28. April 2002 zwischen BND und NSA u. a. bezüglich der Nut-



- zung deutscher Überwachungseinrichtungen wie in Bad Aibling (vgl. taz.die tageszeitung, 5. August 2013)?
- b) Wann genau hat die Bundesregierung diese Vereinbarung – wie etwa auf der Bundespressekonferenz vom 5. August 2013 behauptet – der G10-Kommission und dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages vorgelegt?
51. Auf welchen rechtlichen Grundlagen basiert die informationelle Zusammenarbeit von NSA und BND v. a. beim Austausch von Internet- und Telekommunikationsdaten (z. B. Joint Analysis Center und Joint Sigint Activity) in Bad Aibling oder Schöningen (vgl. etwa DER SPIEGEL, 5. August 2013) und an anderen Orten in Deutschland oder im Ausland?
52. a) Welche Daten betrifft diese Zusammenarbeit (Frage 51)?
- b) Welche Daten wurden und werden durch wen analysiert?
- c) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden und werden die Daten erhoben?
- d) Welche Zugriffsmöglichkeiten des NSA auf Datenbestände oder Abhöreinrichtungen deutscher Behörden bzw. hierzulande bestanden oder bestehen in diesem Zusammenhang?
- e) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden und werden welche Internet- und Telekommunikationsdaten an die NSA übermittelt?
- f) Wann genau wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigung- und Zustimmungserfordernisse für Datenerhebung und Datenübermittlung erfüllt (bitte im Detail ausführen)?
- g) Wann wurden die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages jeweils informiert bzw. um Zustimmung ersucht?
53. Welche Vereinbarungen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland oder einer deutschen Sicherheitsbehörde einerseits und den USA, einer US-amerikanischen Sicherheitsbehörde oder einem US-amerikanischen Unternehmen andererseits, worin US-amerikanischen Staatsbediensteten oder Unternehmen Sonderrechte in Deutschland je welchen Inhalts eingeräumt werden (bitte mit Fundstellen abschließende Aufzählung aller Vereinbarungen jeglicher Rechtsqualität, auch Verbalnoten, politische Zusicherungen, soft law etc.)?
54. Welche dieser Vereinbarungen sollen bis wann gekündigt werden?
55. Wurden das Bundeskanzleramt und die Bundeskanzlerin persönlich jeweils davon informiert, dass die NSA zur Aufklärung ausländischer Entführungen deutscher Staatsangehöriger bereits zuvor erhobene Verbindungsdaten deutscher Staatsangehöriger an Deutschland übermittelt hat?
- Wenn ja, wann?
56. Wann hat die Bundesregierung hiervon jeweils die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages informiert?
57. Wie erklärten sich
- a) die Bundeskanzlerin,
- b) der BND und
- c) der zuständige Krisenstab des Auswärtigen Amts
- jeweils, dass diese Verbindungsdaten den USA bereits vor den Entführungen zur Verfügung standen?

58. a) Von wem erhielten der BND und das BfV jeweils wann das Analyseprogramm XKeyscore?  
b) Auf welcher rechtlichen Grundlage (bitte ggf. vertragliche Grundlage zur Verfügung stellen)?
59. Welche Informationen erhielten die Bediensteten des BfV und des BND bei ihren Arbeitstreffen und Schulungen bei der NSA über Art und Umfang der Nutzung von XKeyscore in den USA?
60. a) Mit welchem konkreten Ziel beschafften sich BND und BfV das Programm XKeyscore?  
b) Zur Bearbeitung welcher Daten sollte es eingesetzt werden?
61. a) Wie verlief der Test von XKeyscore im BfV genau?  
b) Welche Daten waren davon in welcher Weise betroffen?
62. a) Wofür genau nutzt der BND das Programm XKeyscore seit dessen Beschaffung (angeblich 2007)?  
b) Welche Funktionen des Programms setzte der BND bisher praktisch ein?  
c) Auf welcher Rechtsgrundlage genau geschah dies jeweils?
63. Welche Gegenleistungen wurden auf deutscher Seite für die Ausstattung mit XKeyscore erbracht (bitte gegebenenfalls haushaltsrelevante Grundlagen zur Verfügung stellen)?
64. a) Wofür plant das BfV, das nach eigenen Angaben derzeit nur zu Testzwecken vorhandene Programm XKeyscore einzusetzen?  
b) Auf welche konkreten Programme welcher Behörde bezieht sich die Bundesregierung bei ihrem Verweis auf Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung durch Polizeibehörden des Bundes (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/14530),  
c) Was bedeutet „Lesbarmachung des Rohdatenstroms“ konkret in Bezug auf welche Übertragungsmedien (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/14530; bitte entsprechend aufschlüsseln)?
65. a) Gibt es irgendwelche Vereinbarungen über die Erhebung, Übermittlung und den gegenseitigen Zugriff auf gesammelte Daten zwischen NSA oder GCHQ (bzw. deren je vorgesetzte Regierungsstellen) und BND oder BfV (bitte um Nennung von Vereinbarungen jeglicher Rechtsqualität, z. B. konkludentes Handeln, mündliche Absprachen, Verwaltungsvereinbarungen)?  
b) Wenn ja, was beinhalten diese Vereinbarungen jeweils?
66. Bezieht sich der verschiedentliche Hinweis der Präsidenten von BND und BfV auf die mangelnden technischen Kapazitäten ihrer Dienste auch auf eine mangelnde Speicherkapazität für die effektive Nutzung von XKeyscore?
67. Haben das BfV und der BND je das Bundeskanzleramt über die geplante Ausstattung mit XKeyscore informiert?  
a) Wenn ja, wann?  
b) Wenn nein, warum nicht?
68. Wann hat die Bundesregierung die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages über die Ausstattung von BfV und BND mit XKeyscore informiert?

69. Inwiefern dient das neue NSA-Überwachungszentrum in Wiesbaden auch der effektiveren Nutzung von XKeyscore bei deutschen und US-amerikanischen Anwendern?
70. Wie lauten die Antworten auf die Fragen 58 bis 69 entsprechend, jedoch bezogen auf die vom BND verwendeten Auswertungsprogramme MIRA4 und VEGAS, welche teils wirksamer als entsprechende NSA-Programme sein sollen (vgl. DER SPIEGEL, 5. August 2013)?
71. a) Wurden oder werden der BND und das BfV durch die USA finanziell oder durch Sach- und Dienstleistungen unterstützt?  
b) Wenn ja, in welchem Umfang, und wodurch genau?
72. An welchen Orten in Deutschland bestehen Militärbasen und Überwachungsstationen in Deutschland, zu denen amerikanische Staatsbedienstete oder amerikanische Firmen Zugang haben (bitte im Einzelnen auflisten)?
73. Wie viele US-amerikanische Staatsbedienstete, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen welcher privater US-Firmen, deutscher Bundesbehörden und Firmen üben dort (siehe Frage 72) eine Tätigkeit aus, die auf Verarbeitung und Analyse von Telekommunikationsdaten gerichtet ist?
74. Welche deutsche Stelle hat die dort tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen privater US-Firmen mit ihren Aufgaben und ihrem Tätigkeitsbereich zentral erfasst?
75. a) Wie viele Angehörige der US-Streitkräfte arbeiten in den in Deutschland bestehenden Überwachungseinrichtungen insgesamt (bitte ab 2001 auflisten)?  
b) Auf welche Weise wird ihr Aufenthalt und die Art ihrer Beschäftigung und ihres Aufgabenbereichs erfasst und kontrolliert?
76. a) Über wie viele Beschäftigte verfügt das Generalkonsulat der USA in Frankfurt insgesamt (bitte ab 2001 auflisten)?  
b) Wie viele der Beschäftigten verfügen über einen diplomatischen oder konsularischen Status?  
c) Welche Aufgabenbeschreibungen liegen der Zuordnung zugrunde (bitte Übersicht mit aussagekräftigen Sammelbezeichnungen)?
77. Inwieweit treffen die Informationen der langjährigen NSA-Mitarbeiter Binney, Wiebe und Drake zu (stern.de, 24. Juli 2013), wonach  
a) die Zusammenarbeit von BND und NSA bezüglich Spähsoftware bereits Anfang der 90er-Jahre begonnen habe,  
b) die NSA dem BND schon 1999 den Quellcode für das effiziente Spähprogramm „Thin Thread“ überlassen habe zur Erfassung und Analyse von Verbindungsdaten wie Telefondaten, E-Mails oder Kreditkartenrechnungen weltweit,  
c) auch der BND aus „Thin Thread“ viele weitere Abhör- und Spähprogramme mitentwickelte, u. a. das wichtige und bis mindestens 2009 genutzte Dachprogramm „Stellar Wind“, dem mindestens 50 Spähprogramme Daten zugeliefert haben, u. a. das vorgenannte Programm PRISM,  
d) die NSA derzeit 40 und 50 Billionen Verbindungs- und Inhaltsdaten von Telekommunikation und E-Mails weltweit speichere, jedoch im neuen NSA-Datenzentrum in Bluffdale/Utah aufgrund dortiger Speicherkapazitäten „mindestens 100 Jahre der globalen Kommunikation“ gespeichert werden können,

- e) die NSA mit dem Programm „Ragtime“ zur Überwachung von Regierungsdaten auch die Kommunikation der Bundeskanzlerin erfassen könne?

#### Strafbarkeit und Strafverfolgung der Ausspähungsvorgänge

78. Wurde beim Generalbundesanwalt (GBA) im Allgemeinen Register für Staatsschutzstrafsachen (ARP) ein ARP-Prüfvorgang, welcher einem formellen (Staatsschutz-)Strafvermittlungsverfahren vorangehen kann, gegen irgendeine Person oder gegen Unbekannt angelegt, um den Verdacht der Spionage oder anderer Datenschutzverstöße im Zusammenhang mit der Ausspähung deutscher Internetkommunikation zu ermitteln?
79. Hat der GBA in diesem Rahmen ein Rechtshilfeersuchen an einen anderen Staat initiiert?  
Wenn ja, an welchen Staat, und welchen Inhalts?
80. Welche „Auskunft- bzw. Erkenntnisfragen“ hat der GBA hierzu (Frage 78) an welche Behörden gerichtet?
- a) Wie wurden diese Anfragen je beschieden?
- b) Wer antwortete mit Verweis auf Geheimhaltung nicht?

#### Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen gegen Überwachung von Menschen und Unternehmen in Deutschland

81. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, und wird sie vor der Bundestagswahl ergreifen, um Menschen in Deutschland vor der andauernden Erfassung und Ausspähung insbesondere durch Großbritannien und die USA zu schützen?

#### Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen gegen Überwachung der deutschen Bundesverwaltung

82. In welchem Umfang nutzen öffentliche Stellen des Bundes (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Behörden) oder – nach Kenntnis der Bundesregierung – der Länder Software und/oder Dienstangebote von Unternehmen, die an den eingangs genannten Vorgängen, insbesondere der Überwachung durch PRISM und TEMPORA
- a) unterstützend mitwirkten,
- b) hiervon direkt betroffen oder angreifbar waren bzw. sind?
83. a) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung kurzfristig für diese Nutzung getroffen?
- b) Welche Konsequenzen wird sie etwa im Hinblick auf Einkauf und Vergabe ziehen, um eine Überwachung deutscher Infrastrukturen zu vermeiden?
84. a) Ist die Bundesregierung anders als die Fragesteller der Auffassung, dass die durch Edward Snowdens Dokumente belegte umfangreiche Überwachung der Telekommunikation und Datenabschöpfung durch NSA und GCHQ Artikel 17 des UN-Zivilpakts (Schutz des Privatlebens, des Briefverkehrs u. a.) nicht verletzt?
- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass nur dann – also im Falle der in Frage 84 erfragten Rechtslage – Bedarf für die Ergänzung dieser Norm um ein Protokoll zum Datenschutz besteht, wie die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, nun vorgeschlagen hat (vgl. z. B. Süddeutsche.de „Mühsamer Kampf gegen die heimlichen Schnüffler“ vom 17. Juli 2013)?

85. a) Wird die Bundesregierung – ebenso wie die Regierung Brasiliens (vgl. SPIEGEL ONLINE, 8. Juli 2013) – die Vereinten Nationen anrufen, um die eingangs genannten Vorgänge v. a. seitens der NSA förmlich verurteilen und unterbinden zu lassen?
- b) Wenn nein, warum nicht?
86. a) Wie lange wird es nach Einschätzung der Bundesregierung dauern, bis das von ihr angestrebte internationale Datenschutzabkommen in Kraft treten kann?
- b) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass dies etwa zehn Jahre dauern könnte?
- c) Welche Konsequenzen zieht die Bunderegierung aus dieser Erkenntnis?
87. a) Welche diplomatischen Bemühungen hat die Bundesregierung innerhalb der Vereinten Nationen und ihren Gremien und gegenüber europäischen wie außereuropäischen Staaten unternommen, um für die Aushandlung eines internationalen Datenschutzabkommens zu werben?
- b) Sofern bislang noch keine Bemühungen unternommen wurden, warum nicht?
- c) In welchem Verfahrensstadium befinden sich die Verhandlungen derzeit?
- d) Welche Reaktionen auf etwaige Bemühungen der Bundesregierung gab es seitens der Vereinten Nationen und anderer Staaten?
- e) Haben die USA ihre Bereitschaft zugesagt, sich an der Aushandlung eines internationalen Datenschutzabkommens zu beteiligen?
88. Teilt die Bundesregierung die Bedenken der Fragesteller gegen den Nutzen ihrer Verschlüsselungsinitiative „Deutschland sicher im Netz“ von 2006, weil diese Initiative v. a. durch US-Unternehmen wie Google und Microsoft getragen wird, welche selbst NSA-Überwachungsanordnungen unterliegen und schon befolgten (vgl. Süddeutsche.de vom 15. Juli 2013, „Merkel gibt die Datenschutzkanzlerin“)?
89. Welche konkreten Vorschläge zur Stärkung der Unabhängigkeit der IT-Infrastruktur macht die Bundesregierung mit jeweils welchem konkreten Regelungsziel?
90. a) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte, dass Geheimdienste der USA oder Großbritanniens die Kommunikation in deutschen diplomatischen Vertretungen ebenso wie in EU-Botschaften überwachen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013), und wenn ja, welche?
- b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine etwaige Überwachung der Kommunikation der EU-Einrichtungen oder diplomatischen Vertretungen in Brüssel durch die NSA, die angeblich von einem besonders gesicherten Teil des NATO-Hauptquartiers im Brüsseler Vorort Evere aus durchgeführt wird (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013)?

#### Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen durch Aussetzung von Abkommen

91. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union (EU) darauf drängen, das EU-Fluggastdatenabkommen mit den USA zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?

92. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der EU darauf drängen, das SWIFT-Abkommen mit den USA zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?
93. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der EU darauf drängen, die Safe-Harbor-Vereinbarung zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?
94. a) Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung für den Datenschutz und die Datensicherheit beim Cloud Computing, und wird sie ihre Strategie aufgrund dieser Schlussfolgerungen konkret und kurzfristig verändern?
- b) Wenn nein, warum nicht?
95. a) Wird sich die Bundesregierung kurz- und mittelfristig bzw. im Rahmen eines Sofortprogramms angesichts der mutmaßlich andauernden umfangreichen Überwachung durch ausländische Geheimdienste für die Förderung bestehender, die Entwicklung neuer und die allgemeine Bereitstellung und Information zu Schutzmöglichkeiten durch Verschlüsselungsprodukte einsetzen?
- b) Wenn ja, wie wird sie die Entwicklung und Verbreitung von Verschlüsselungsprodukten fördern?
- c) Wenn nein, warum nicht?
96. a) Setzt sich die Bundesregierung für das Ruhen der Verhandlungen über ein EU-US-Freihandelsabkommen bis zur Aufklärung der Ausspähaffäre ein?
- b) Wenn nein, warum nicht?

#### Sonstige Erkenntnisse und Bemühungen der Bundesregierung

97. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die Verhandlungen über das geplante Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU voranzubringen?
98. a) Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, in die EU-Datenschutzrichtlinie eine Vorschrift aufzunehmen, wonach es in der EU tätigen Telekommunikationsunternehmen bei Strafe verboten ist, Daten an Geheimdienste außerhalb der EU weiterzuleiten?
- b) Wenn nein, warum nicht?
99. a) Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der anlässlich der Ausspähaffäre eingesetzten EU-US High-Level-Working Group on security and data protection, und hat sie sich dafür eingesetzt, dass die Frage der Ausspähung von EU-Vertretungen durch US-Geheimdienste Gegenstand der Verhandlungen wird?
- b) Wenn nein, warum nicht?
100. Welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung gegen die vermutete Ausspähung von EU-Botschaften durch die NSA ergreifen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013)?

101. a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zwischenzeitlich zu der Ausspähung des G20-Gipfels in London 2009 durch den britischen Geheimdienst GCHQ gewonnen?
- b) Welche mutmaßliche Betroffenheit der deutschen Delegation konnte im Nachhinein festgestellt werden?
- c) Welche Auskünfte gab die britische Regierung zu diesem Vorgang auf welche konkreten Nachfragen der Bundesregierung?
- d) Welche Sicherheits- und Datenschutzvorkehrungen hat die Bundesregierung als Konsequenz für künftige Teilnahmen deutscher Delegationen an entsprechenden Veranstaltungen angeordnet?
- e) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es sich bei der Ausspähung der deutschen Delegation um einen „Cyberangriff“ auf deutsche Regierungsstellen gehandelt hat?
- f) Sind unmittelbar nach Bekanntwerden das BSI sowie das Cyberabwehrzentrum informiert und entsprechend mit dem Vorgang befasst worden?
- g) Wenn nein, warum nicht?

Fragen nach der Erklärung vom Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla, vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages vom 12. August 2013

102. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Glaubhaftigkeit der mitgeteilten No-spy-Zusagen der NSA, angesichts des Umstandes, dass der (der NSA sogar vorgesetzte) Koordinator aller US-Geheimdienste, James Clapper, im März 2013 nachweislich US-Kongressabgeordnete über die NSA-Aktivitäten belog (vgl. The Guardian, 2. Juli 2013; SPIEGEL ONLINE, 13. August 2013)?
- b) Welche Schlussfolgerungen hinsichtlich der Verlässlichkeit von Zusagen US-amerikanischer Regierungsvertreter zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang daraus, dass James Clapper (laut The Guardian und SPIEGEL ONLINE, je a. a. O.)
- aa) damals im Senat sagte, die NSA sammle nicht Informationen über Millionen US-Bürger, dies jedoch nach den Snowden-Enthüllungen korrigierte,
- bb) als herauskam, dass die NSA Metadaten über die Kommunikation von US-Bürgern auswertet, zunächst bemerkte, seine vorhergehende wahrheitswidrige Formulierung sei die „am wenigsten falsche“ gewesen,
- cc) schließlich seine Lüge zugeben musste mit dem Hinweis, er habe dabei den Patriot Act vergessen, das wichtigste US-Sicherheitsgesetz der letzten 30 Jahre?
103. a) Steht die Behauptung vom Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla, vom 12. August 2013, NSA und GCHQ beachteten nach eigener Behauptung „in Deutschland“ bzw. „auf deutschem Boden“ deutsches Recht, unter dem stillschweigenden Vorbehalt, dass es in Deutschland Orte gibt, an denen deutsches Recht nicht oder nur eingeschränkt gilt, z. B. britische oder US-amerikanische Militärliegenschaften?
- b) Welche Gebiete bzw. Einrichtungen bestehen nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung in Deutschland, die bei rechtlicher Betrachtung nicht „in Deutschland“ bzw. „auf deutschem Boden liegen“ (bitte

- um abschließende Aufzählung und eingehende rechtliche Begründung)?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Presseberichten bestehende Einschätzung des Ordnungsamtes Griesheim ([www.echo-online.de](http://www.echo-online.de), 14. August 2013), das sogenannte Dagger Areal bei Griesheim sei amerikanisches Hoheitsgebiet?
  - d) Welche völkerrechtlichen Vereinbarungen, Verwaltungsabkommen, mündlichen Abreden o. Ä. ist Deutschland mit welchen Drittstaaten bzw. mit deren (v. a. Sicherheits- bzw. Militär-)Behörden eingegangen, die jenen
    - aa) die Erhebung, Erlangung, Nutzung oder Übermittlung persönlicher Daten über Menschen in Deutschland erlauben bzw. ermöglichen oder Unterstützung dabei durch deutsche Stellen vorsehen, oder
    - bb) die Übermittlung solcher Daten an deutsche Stellen auferlegen(bitte vollständige differenzierte Auflistung nach Datum, Beteiligten, Inhalt, ungeachtet der Rechtsnatur der Abreden)?
104. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Grundrechtsschutz und die Datenschutzstandards in Deutschland auch verletzt werden können
- a) durch Überwachungsmaßnahmen, die von außerhalb des deutschen Staatsgebietes durch Geheimdienste oder Unternehmen (z. B. bei Providern, an Netzknoten, TK-Kabeln) vorgenommen werden,
  - b) etwa dadurch, dass der E-Mailverkehr von und nach den USA gänzlich oder in erheblichem Umfang durch die NSA inhaltlich überprüft wird (vgl. New York Times, 8. August 2013), also damit auch E-Mails von und nach Deutschland?

Berlin, den 19. August 2013

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**